

PRESSEDIENST

Nr. 2012/03

Datum: 10.6.2012

Fraktion Freigericht Achim Kreis

Bonifatiusstr. 21
63579 Freigericht

Bonifatiusstr. 21
63579 Freigericht
Telefon: 06055-880280
Telefax: 06055-909101
kreis@gruene-freigericht.de
www.gruene-freigericht.de

Grüne

Verkleinerung der Gemeindevertretung gefordert

Freigericht. Die GRÜNEN im Freigericht beantragen, die Gemeindevertretung von 37 auf 31 Sitze zu verkleinern. Angesichts der desolaten Finanzsituation sollten alle einen Beitrag zur Einsparung leisten. Nachdem die Gemeindevertreter schon den GRÜNEN-Vorschlag zur Halbierung der Sitzungsgelder abgelehnt haben, stehen auch diesmal die anderen Parteien geschlossen dagegen.

„Im Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde, das vom Parlament jährlich als Anlage zum Haushalt verabschiedet wird, ist die Verkleinerung bereits seit Jahren vorgesehen. Nun wird es konkret, und plötzlich wollen alle ihre Pfründe sichern. Das ist absurd. Wären wir in Bayern, müssten wir mit gerade einmal 24 GemeindevertreterInnen klar kommen. Hessen liegt dagegen mit 37 weit an der Spitze der Bundesländer. Aber auch hier gibt es vergleichbare Kommunen, die mit weniger Mandatsträgern auskommen: Hattersheim (gut 25000 Einwohner) genügen 37 (statt 45), Hünfeld (gut 15000 E) und Erbach (Odw., gut 13000 E) haben auf 31 Gemeindevertreter reduziert. Sind in Freigericht die Probleme trotz schrumpfender Einwohnerzahl so außerordentlich, dass sie mit 31 gewählten Vertretern nicht zu lösen sind?“, wundert sich Bürgermeisterkandidat Achim Kreis. Es sehe doch eher so aus, als ob die anderen Fraktionen sich hier um schrumpfende Zuschüsse für die Partearbeit sorgen.

„Teilweise wird gar versucht, die mögliche Einsparung noch auf 1000,- Euro kleinzurechnen – diese Rechnung berücksichtigt freilich nur die reinen Sitzungsgelder. Der gesparte Verwaltungs- und Materialaufwand muss aber auch gesehen werden“, so Kreis weiter. „Ich hoffe, am Freitag (15.6.) kommen wieder recht viele interessierte Bürger zur Gemeindevertreterversammlung (ab 19:30 Uhr) und hören sich an, wie dieser Unsinn (nämlich die Beibehaltung des status quo) begründet wird“, wendet sich Kreis abschließend an alle Bürger.

